

sser und Dr. Dettmers
Rechtsanwälte und Notare
ppe und Fortmann
Rechtsanwälte

OLDENBURG (OLDB), den
Bergstraße 17, Fernruf 2847

17. Mai 1949

An das

Landgericht

9 Ks 5/49

Oldenburg (Oldb)

Landgericht
EING. 17. Mai 1949
OLDENBURG (OLDB)

Revisionsbegründung
in der Strafsache

gegen den früheren Gestapobeamten, Kriminalsekretär Wilhelm Eilert Kreye, geb. am 20.9.1902 in Moordorf, z.Zt. Haftanstalt Oldenburg.

Beantragt wird

das angefochtene Urteil nebst den zugrundeliegenden tatsächlichen Feststellungen aufzuheben.

Die in der Revisionschrift vom 1. April 1949 bereits erhobene Rüge der Verletzung des formellen Rechts wird wie folgt begründet:

I.

1. Verletzt ist § 245 Abs. 1 StPO, und zwar allgemein hinsichtlich sämtlicher neuen Fälle, in denen der Angeklagte verurteilt worden ist. Das Gericht hat auf Seite 10 des angefochtenen Urteils erwogen, ob es denkbar sei, dass die an verschiedenen Orten wohnenden Zeugen sich verabredet haben könnten, den Angeklagten zu belasten und hat diese Frage verneint, jedoch ohne die in tatsächlicher Hinsicht näher aufgeklärt zu haben. Undenkbar ist es jedoch keineswegs, wenn man berücksichtigt, dass nach dem Tode von Schwarting das begreifliche Bestreben der durch die Gestapo Geschädigten dahingeht, den Angeklagten Kreye für alle Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Die Möglichkeit, dass die Zeugen - mit Ausnahme der Zeugin Frau Schulte-Strathaus - sämtlich ehemalige und wahrscheinlich auch noch heute Mitglieder der KPD, diesbezüglich miteinander Verbindung aufgenommen haben, ist keineswegs von der Hand zu weisen. Der Angeklagte Kreye hat auf das Entschiedenste bestritten, Ausschreitungen der ihm zur Last gelegten Art, insbesondere brutale Misshandlung begangen zu haben. Die zugegebenen gelegentlichen Ohrfeigen standen nicht im Zusammenhang mit der Herbeiführung von ihm gewünschter Aussagen, sondern dienten der allerdings zweifelhafte über das Mass hinausgehenden Abwehr von herausfor-

derdem Verhalten der zu Vernehmenden.

Es liegt in diesem Zusammenhang auch eine Verletzung des § 261 StPO vor, denn die festgestellten zahlreichen entlastenden Aussagen zu Gunsten des Angeklagten Kreye, der der Angeklagte Kreye noch zahlreiche weitere hätte beibringen können, wenn das Gericht in dieser Hinsicht seine Ermittlungspflicht nach § 245 Abs. 1 StPO beachtet und ihn dazu veranlassen hätte, sprechen auch für die Möglichkeit, die das Gericht eine nähere Nachprüfung als undenkbar bezeichnet hat.

2. Die Verletzung des § 245 Abs. 1 StPO wird insbesondere geltend gemacht im Falle Schulte-Strathaus. Der Angeklagte Kreye hat stets geltend gemacht, dass er mit dieser Zeugin überhaupt nichts zu tun gehabt, insbesondere sie nicht verurteilt hat, sondern dass darüber der ehemalige Obersekretär August Quadhammer, wohnhaft in Zetel (Oldb) Auskunft geben könne. Die Einlassung des Angeklagten hätte auch ohne förmlichen Beweisantrag des Verteidigers des Angeklagten Kreye nachgegangen und Quadhammer vernommen werden müssen.

Tatsächlich ist der Fall der Frau Schulte-Strathaus nur von 2 Dezernenten bearbeitet worden, mit denen der Angeklagte Kreye nichts zu tun hatte, nämlich als Abwahrangelegenheit, die Gestapo insoweit der Diebstahl geheimer Anweisungen aus dem Propagandaministerium zu untersuchen war und durch die Mordeaktion in Bremen, soweit es sich um die beiden auf die Zeugin Schulte-Strathaus abgegebenen Schlüsse handelt.

Hätte das Gericht in dieser Hinsicht den Sachverhalt der Vernehmung von Quadhammer und Bannemann, der auch über diesen Punkt hätte aussagen können, näher aufgeklärt, würde es viel zu einer anderen Würdigung der Aussage der Zeugin Schulte-Strathaus selbst gekommen sein, zumal hier durch weitere Aufklärung des Sachverhalts hätte festgestellt werden können, dass die Zeugin Schulte-Strathaus an ihrer Aussage nicht unerheblich interessiert ist. Sie hat ein Interesse daran, durch dieses Verfahren den Nachweis zu führen, dass sie zu den Verfolgten des Regimes gehört, um so eine Verlagslizenz zu erhalten.

3. Verletzt ist die Vorschrift des § 266 StPO, insbeson-

die Bestimmung des Abs. 3 Satz 2 das. Der Angeklagte ist, wie das Sitzungsprotokoll ergibt, nicht auf sein Recht hingewiesen worden, ~~die~~ mit Rücksicht auf die erhobene Nachtragsanklage die Unterbrechung der Verhandlungen zu beantragen. Dadurch ist er in seiner Verteidigung gegen diese für ihn unerwartet erhobene Anklage erheblich beeinträchtigt worden. Er hätte sonst mit seinem Verteidiger über die Verteidigung gegen die Anklage sich noch beraten können und wäre zu dem Ergebnis gekommen, weitere Beweiserhebungen zu beantragen, insbesondere durch amtliche Auskunft der Krankenanstalt der Haftanstalt, in der Strenge mehrere Wochen gelegen haben soll, feststellen zu lassen, ob diese Aussage von Strenge zutrifft.

II.

Die Verletzung der Rüge des materiellen Rechts bedarf einer ins einzeln gehenden Begründung nicht. Die Annahme einer strafbaren Aussageeupressung und eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit erscheint insbesondere unbegründet im Falle 3 Gödeken.

gez. Fortmann

Rechtsanwalt.

Beglaubigt

Vorstehende Abschrift ist mit
der Abschrift gleichlautend.

V. Gluckhagen, den 2. Juni 1946

Rechtsanwalt

Pulver
Justizangestellter

